

In grellem Licht: Die Corona-Pandemie aus einer Genderperspektive

Ein Fokus auf soziale und sozio-ökonomische Aspekte

Janine Dahinden und Nathalie Amstutz*

Inhaltsübersicht

| | | |
|------|---|-----|
| I. | Einleitung | 228 |
| II. | Forschungsergebnisse: Grelles Licht auf bekannte Probleme | 230 |
| | A. Effekte der Pandemie – Arbeitsmarkt, Familien- und Haushaltsstrukturen sowie berufliche Karrieren von Frauen | 230 |
| | B. Zunahme von Gewalt gegen Frauen sowie gegen sexuelle und nicht-binäre Minderheiten | 232 |
| | C. Öffentliche Repräsentation, <i>Governance</i> und intersektionale Expertise | 234 |
| | D. Auswirkungen auf LGBTIQ+ | 235 |
| | E. Auswirkungen auf Personen mit Behinderung, Sozio-ökonomisch benachteiligte Gruppen, Migrant:innen und migrantisierte, ethnisierte und <i>racialised</i> Minderheiten | 235 |
| III. | Schlussfolgerungen und Empfehlungen | 239 |

* Wir danken Timna Rother, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule für Wirtschaft, FHNW und dem Dokumentationszentrum SFM der Universität Neuchâtel (insbesondere Christine Diacon und Hoang-Mai Verdy) für die Unterstützung bei der Literaturrecherche.

I. Einleitung¹

Seit Beginn der Corona-Pandemie weisen Genderforscher:innen auf die Gefahr hin, dass diese zu einer Verstärkung geschlechtsspezifischer Ungleichheiten führen könnte. Die Schweizerische Gesellschaft für Geschlechterforschung (SGGF) publizierte im Mai 2020 einen Blog, wo sie zur Debatte bezüglich geschlechtsspezifischer Konsequenzen der Pandemie aufrief.² Ebenfalls im Mai 2020 veröffentlichte die Swiss National COVID-19 Science Task Force einen Policy Brief zum Thema, in dem zahlreiche Empfehlungen aufgeführt wurden.³ Unterdessen, ein gutes Jahr später, liegen nun detailliertere Forschungsergebnisse vor, die in aller Deutlichkeit belegen, dass sich im Laufe der Pandemie soziale Ungleichheiten nicht nur massiv verstärkt haben, sondern dass Gender bei diesen Prozessen eine entscheidende Rolle zukommt. Es sind insbesondere Frauen, die die sozialen und sozio-ökonomischen Konsequenzen der Pandemie tragen. Die bisherigen Erkenntnisse werfen ein grelles Licht auf bekannte gleichstellungspolitische Problemstellungen.

Ziel unseres Beitrags ist es, einige spezifische Bereiche dieses Themenkomplexes zu präsentieren, ohne umfassend zu sein. Hierbei möchten wir zwei Aspekte vorzuschicken: Erstens diskutieren wir geschlechtsspezifische Aspekte der Pandemie in einer *intersektionalen* Perspektive. Eine solche Herangehensweise ist notwendig, um systematische Ungleichheiten und geschlechtsspezifische Konsequenzen von COVID-19 zu verstehen: Geschlecht wirkt immer im Zusammenspiel mit weiteren Kategorien wie soziale Klasse, Sexualität, *race*, Migration oder Ethnizität, physische oder psychische Beeinträchtigung, Reli-

¹ Dieser Beitrag basiert grösstenteils auf einem Input, den die Schweizerische Gesellschaft für Geschlechterforschung (SGGF) zum update des Policy Briefs «*Gender aspects of COVID-19 and pandemic response*» der nationalen COVID-19 Taskforce leistete. Im vorliegenden Beitrag konzentrieren wir uns hingegen vorwiegend auf soziale und sozio-ökonomische Aspekte der Pandemie.

² Internet: <https://www.gendercampus.ch/de/blog/post/the-corona-crisis-from-a-gender-perspective-opening-up-a-debate> (Abruf 14.5.2021).

³ Internet: <https://sciencetaskforce.ch/wp-content/uploads/2020/10/Gender-aspects-of-COVID19-and-pandemic-response-14-May-20-EN.pdf> (Abruf 14.5.2021).

gion oder Alter⁴. Die Situation von Frauen – aber auch von Männern, und nicht-binären Menschen – und damit auch, wie sie von der Pandemie betroffen sind, ist immer auch ein Ergebnis dieses Zusammenwirkens. Die Komplexität der Problemstellungen liegt auf der Hand und verlangt weitere differenzierte Analysen.

Zweitens ist festzuhalten, dass auf internationaler Ebene Studien zu Gender-Aspekten der Pandemie während des letzten Jahres förmlich explodierten. Hingegen sind Forschungsergebnisse aus der Schweiz zurzeit (d.h. Mai 2021) leider noch sehr lückenhaft. Wir beziehen uns in diesem Beitrag auf Studienergebnisse aus der Schweiz wie auch auf internationale Literatur.

Wir beginnen unseren Beitrag mit einer Diskussion von Forschungsergebnissen in ausgewählten Bereichen. Das düstere Bild, das sich aufgrund dieser Erkenntnisse abzeichnet, möchten wir in den Schlussfolgerungen mit einigen (bescheidenen) Visionen ergänzen: Letztlich bietet die Pandemie ein Momentum, um grundsätzliche Ungleichheiten ins Bewusstsein einer weiteren Öffentlichkeit zu bringen und mit politischen Forderungen zu untermauern. Gleichstellung ist in der Schweiz ein Verfassungsauftrag und verpflichtet die Politik, Massnahmen zu ergreifen. Auch inwiefern die Politik in der Schweiz über Prozesse und Instrumente verfügt, um Analysen und Massnahmen geschlechtersensibel mit intersektionaler Differenzierung vorzunehmen, ist Teil des sichtbar gewordenen Handlungsbedarfs. Dieser erweist sich allerdings nicht als vorübergehendes oder dem Wirtschafts- und Sozialsystem parallel verlaufendes Phänomen, sondern ist im Kontext einer umfassenden Care-Krise zu sehen. Die Probleme sind unter anderem Ergebnis einer geschlechterhierarchischen Arbeitsteilung mit einer ungeklärten Rolle von Care-Arbeit zwischen Systemrelevanz und ihrer Abkopplung in den Bereich des Informellen und in die Tieflohnarbeit.⁵

⁴ ALEXANDRA N. FISHER/MICHELLE K. RYAN, Gender inequalities during COVID-19, *Group Processes & Intergroup Relations* 24, no. 2, 2021, Internet: <https://doi.org/10.1177/1368430220984248>.

⁵ CHRISTA WICHTERICH, Covid-Kapitalismus, Geschlechterverhältnisse und Sorgearbeit, in: *Grenzgängerin* Nr. 3, Frühling 2021, 82–91, Internet: <https://grenzgaengerin.eu/wp-content/uploads/2021/04/grenzgaengerin-003.pdf>; ZUZANA UHDE, From Women's Struggles to Distorted Emancipation: The interplay of care practices

II. Forschungsergebnisse: Grelles Licht auf bekannte Probleme

A. Effekte der Pandemie – Arbeitsmarkt, Familien- und Haushaltsstrukturen sowie berufliche Karrieren von Frauen

Auswirkungen von Krisen waren, historisch gesehen, noch nie geschlechtsneutral und die COVID-19-Pandemie stellt hier keine Ausnahme dar. In vielen Teilen der Welt, so auch in der Schweiz, befinden sich Frauen oft in einer prekäreren wirtschaftlichen Situation als Männer: Sie sind statistisch gesehen in schlechter bezahlten, unsicheren, informellen, atypischen (Arbeit auf Abruf, Teilzeitarbeit, befristete Verträge) Arbeitsverhältnissen überrepräsentiert. Frauen können weniger sparen und sie sind häufig im informellen Sektor (z.B. Hausarbeit), in nicht tariflich geregelten Bereichen und im Tieflohnssektor beschäftigt. Dies hat markante Konsequenzen für ihren Zugang zur Altersvorsorge und weiteren Sozialleistungen. Sie stellen die Mehrheit der Alleinerziehenden-Haushalte. Frauen sind auch bei schlecht bezahlten Arbeiten im Pflege-, Einzelhandels- und Reinigungssektor überrepräsentiert, Tätigkeiten, die vor allem während des ersten Lockdowns als systemrelevant bezeichnet wurden.⁶ Diese Berufsgruppen sind während der COVID-19-Krise gesundheitlich besonders exponiert. Hat das schweizerische Sozialversicherungssystem während der Pandemie für zahlreiche Arbeitnehmende funktioniert, so zeigen sich Lücken beim Schutz von Personen in prekären Arbeitsverhältnissen.⁷ Studien zeigen, dass die Krise die Arbeitsplätze und Einkommen von Frauen überproportional geschädigt hat und dass die geschlechtsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes und der Hausarbeit zu grösseren Beschäftigungsrückgän-

and global capitalism, *International Feminist Journal of Politics* 2016, 18:3, 390–408 (Abruf 14.4.2021).

⁶ Internet: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/gleichstellung-frau-mann/erwerbstaetigkeit.html> (Abruf 14.5.2021)

⁷ KURT PÄRLI, Existenzsicherung und Gesundheitsschutz durch Arbeits- und Sozialversicherungsrecht, Vortrag im Rahmen: Online-SYMPOSIUM #iuscoronae-Rechtswissenschaft in der Corona-Krise, Basel, 3.5.2021.

gen, höheren Arbeitslosenquoten und Arbeitszeitverkürzungen für Frauen als für Männer geführt hat.⁸

Auch Mütter sind in ihrer Erwerbstätigkeit überproportional von der COVID-Krise betroffen:⁹ Die zur Eindämmung des Virus eingeführten Massnahmen haben die Nachfrage nach unbezahlter Arbeit im Haushalt erhöht, insbesondere bei Familien mit Kindern und für Personen mit weiteren Betreuungsaufgaben. Die Pandemie hat – unter anderem, aber nicht nur, aufgrund von Schul- und Kitaschliessungen – eine Zunahme der geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Hausarbeit und der Aufteilung der Kinderbetreuung hervorgebracht.¹⁰ Die bereits vorher bestehende asymmetrische Verteilung der Kinderbetreuungspflichten wurde während der Pandemie verstärkt, was zu einer Mehrbelastung für Frauen führte.¹¹ Es gibt Belege dafür, dass solche verstärkte geschlechtsspezifische Realitäten der unbezahlten Arbeit in diesen Bereichen sogar in Ländern zu beobachten sind, die seit mehreren Jahren bezüglich Gender Gap Index die besten Resultate vorweisen, wie etwa Island.¹² Eine beispielsweise Situation wie COVID-19 kann demnach tief verankerte und als überwunden geltende Geschlechternormen und -erwartungen gegenüber Müttern

⁸ TALÍ KRISTAL/MEIR YAISH, Does the coronavirus pandemic level the gender inequality curve? (It doesn't), *Research in Social Stratification and Mobility* 68, 2020, Internet: <https://doi.org/10.1016/j.rssm.2020.100520>; MALTE REICHEL/T KINGA MAKÓVI/ANAHI SARGSYAN, The impact of COVID-19 on gender inequality in the labor market and gender-role attitudes, *European Societies* 23, no. sup1, 2021, Internet: <https://doi.org/10.1080/14616696.2020.1823010>. Für die Schweiz JAN ERIK REFLE ET AL., First results of the Swiss Household Panel-Covid-19 Study, FORS (Lausanne, 2020).

⁹ Für die Schweiz, Internet: <https://www.coronacitizenscience.ch/fr/swiss-corona-research-team-2> (Abruf 15.4.2021).

¹⁰ REGAN M. JOHNSTON/ANWAR MOHAMMED/CLIFTON VAN DER LINDEN, Evidence of Exacerbated Gender Inequality in Child Care Obligations in Canada and Australia during the COVID-19 Pandemic, *Politics & Gender* 16, no. 4, 2020, Internet: <https://doi.org/10.1017/S1743923X20000574>. Für die Schweiz REFLE ET AL. (FN 8).

¹¹ Vgl. auch Internet: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/arbeits-erwerb/unbezahlte-arbeit/haus-familienarbeit.html> (Abruf 14.5.2021) sowie <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/61707.pdf> (Abruf 14.5.2021).

¹² ANDREA HJÁLMSDÓTTIR/VALGERÐUR S. BJARNADÓTTIR, I have turned into a foreman here at home: Families and work – life balance in times of COVID-19 in a gender equality paradise, *Gender, Work & Organization* 28, no. 1, 2021, Internet: <https://doi.org/10.1111/gwao.12552>.

offenlegen. Einige Studien nuancieren dieses Bild und zeigen, dass Väter ihre Betreuungsarbeit und Investitionen in die Hausarbeit ebenfalls erhöhten: Allerdings ist festzuhalten, dass dieses zusätzliche Engagement noch immer unter demjenigen der Mütter liegt.¹³

Dies kann den beruflichen Aufstieg von Frauen untergraben, insbesondere von berufstätigen Müttern mit Kindern im Schulalter. Das heisst, die beobachtete Feminisierung dieser Care-Arbeiten hat zur Folge, dass weniger Kapazitäten für berufliche Aufgaben bleiben, ein Resultat, das auch für die Schweiz gezeigt wurde.¹⁴ Diese Resultate verweisen auf das Risiko, dass die durch die Pandemie verstärkte Geschlechterungleichheit langfristige negative Konsequenzen für die ökonomische Sicherheit der betroffenen Frauen haben könnte.

B. Zunahme von Gewalt gegen Frauen sowie gegen sexuelle und nicht-binäre Minderheiten

Krisen sind häufig mit einem Anstieg geschlechtsspezifischer Gewalt verbunden. Im Falle von COVID-19 zeigen Untersuchungen, dass die eingeführten Massnahmen zur Verringerung der Übertragungsraten (Mobilitätseinschränkungen, Lockdowns) das Auftreten von häuslicher Gewalt und Gewalt in Paarbeziehungen nicht nur zahlenmässig, sondern auch in ihrer Schwere erhöhten. Entlassungen, Einkommensverluste, verlängerte häusliche Aufenthalte usw. treiben die Inzidenz dieser Formen von Geschlechtergewalt in die Höhe. Die COVID-19-Krise hat zudem bestehende strukturelle Probleme für Überlebende von häuslicher Gewalt verschärft.¹⁵ Die «Task Force Häusliche Gewalt und Corona» von Bund und Kantonen nimmt seit Frühling 2020 regelmässig Lagebeurteilungen anhand der Informationen der Einsatzbehörden, der

¹³ REFLE ET AL. (FN 8). Vgl. auch Internet: https://www.coronacitizenscience.ch/wp-content/uploads/2020/08/FR_WEBSITE_XP-crise-1-1.pdf, S. 8 (Abruf 14.5.2021).

¹⁴ ISABEL MARTINEZ ET AL., Corona und Ungleichheit in der Schweiz – Eine erste Analyse der Verteilungswirkung der Covid-19 Pandemie, Report ETH Zürich, 2021.

¹⁵ AMALESH SHARMA/SOURAV BIKASH BORAH, Covid-19 and Domestic Violence: an Indirect Path to Social and Economic Crisis, *Journal of Family Violence*, 2020, Internet: <https://doi.org/10.1007/s10896-020-00188-8>; LEILA WOOD ET AL., Don't Know where to Go for Help: Safety and Economic Needs among Violence Survivors during the COVID-19 Pandemic, *Journal of Family Violence*, 2021, Internet <https://doi.org/10.1007/s10896-020-00240-7>.

kantonalen Opferhilfestellen und der Schutzunterkünfte vor. Gemäss der aktuellen Beurteilung gibt es Hinweise dafür, dass Familienkonflikte und leichtere Formen häuslicher Gewalt, die nicht zu einer Anzeige führen, zugenommen haben. So stellen die Opferberatungsstellen in gewissen Kantonen eine Tendenz zur Zunahme von Neumeldungen fest; Frauenhäuser sind weitgehend ausgelastet und müssen Hilfesuchende teils an Unterkünfte in anderen Kantonen vermitteln; und mehrere Kantone, in denen die Zahl der Polizeieinsätze (auch ohne Strafverfahren) erhoben wird, beobachten temporär einen Zuwachs an Interventionen.¹⁶ Im Kanton Zürich beispielsweise kamen im Jahr 2020 drei Einsätze der Polizei pro Tag wegen häuslicher Gewalt oder Konflikten dazu.¹⁷

Medienberichte in der Schweiz deuten des Weiteren darauf hin, dass Femizide durch die Pandemie zugenommen haben.¹⁸ Hier zeigt sich ein Bedarf für die Datenerhebung an, da in der Schweiz Femizide noch nicht erfasst werden.

Eine weitere gefährdete Gruppe in Bezug auf häusliche und andere Formen sexualitätsbezogener Gewalt, die in der Schweiz nur selten im Visier der öffentlichen Politik steht, sind LGBTIQ+¹⁹-Menschen: Lockdowns können vor allem bei jungen LGBTIQ+ zu familiärer Ablehnung und Konflikten führen, bis hin zu Gewalt. Es wurde zudem beobachtet, dass schwule Männer und Transgender-Personen einem erhöhten Gewaltisiko ausgesetzt sind und dass Distanzregeln aufgrund eines binären Verständnisses von Geschlecht durchgesetzt werden, was zu transphoben Handlungen und körperlichen Übergriffen führen kann.²⁰

¹⁶ Internet: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-82772.html> (Abruf 14.5.2021)

¹⁷ Internet: <https://www.nzz.ch/zuerich/corona-in-zuerich-ausbau-der-hilfe-fuer-opfer-haeuslicher-gewalt-ld.1611421?reduced=true> (Abruf 14.5.2021).

¹⁸ Für die Schweiz gibt es noch keine offiziellen Statistiken zu Femiziden, vgl. Internet: <https://www.20min.ch/story/zahl-der-femizide-nimmt-seit-januar-stark-zu-260993448304> (Abruf 14.5.2021). Für UK: KATERINA STANDISH/SHALVA WEIL, Gendered pandemics: suicide, femicide and COVID-19, *Journal of Gender Studies*, 2021, Internet: <https://doi.org/10.1080/09589236.2021.1880883>.

¹⁹ LGBTIQ+ steht für Lesbian, Gay, Bisexual, Trans- und Intergeschlecht, Queer/Questioning und andere (pansexual, two spirits etc.).

²⁰ KRISTEN D. KRAUSE, Implications of the COVID-19 Pandemic on LGBTQ Communities, *Journal of Public Health Management and Practice* 27, 2021, Internet: <https://doi.org/10.1097/PHH.0000000000001273>.

Geschlechterbezogene Gewalterfahrungen sind auch in sozialen Einrichtungen präsent, allerdings fehlen für diesen Bereich Daten. Ein Forschungsdesiderat stellen beispielsweise Gewalterfahrungen von Frauen und Männer mit einer kognitiven Behinderung in Einrichtungen während der Pandemie dar.²¹

C. Öffentliche Repräsentation, *Governance* und intersektionale Expertise

Es gibt Hinweise, dass politische Lösungen in Krisenzeiten weniger auf Partizipation als auf starker Führung und exekutiver Macht beruhen. Das geht einher mit der Tendenz, sich auf technische Expertise zu verlassen. Studien zeigen, dass die öffentliche Repräsentation während der Pandemie männlich geprägt war, insbesondere in der ersten «Welle» der Pandemie. Gleichermassen haben spezifisch für COVID-19 ins Leben gerufene Entscheidungs- und Expert:innen-Gremien für COVID-19-Belange selten eine geschlechterparitätische Zusammensetzung.²² Hinzu kommt, dass weibliche Expertinnen, wenn sie sich in der Öffentlichkeit äussern, häufig Attacken auf ihre Person ausgesetzt sind, was auf nach wie vor grundlegende sexistische Gesellschaftsstrukturen verweist.²³

Eine solche mangelnde Repräsentation von Frauen und fehlender Expertise in der COVID-19-Governance ist ein Zeichen für ein grundsätzliches Defizit im Einbezug intersektionaler geschlechtersensitiver Perspektiven und Fachwissen. Die Corona-Pandemie legte in diesem Sinne einige der realen Auswirkungen von Geschlechterungleichheiten im Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess offen. Der Einbezug intersektionaler Expertise würde Problemstellungen für bestimmte Gruppen von Anfang an berücksichtigen, mit Konsequenzen für finanzielle Investitionen in den Massnahmenpaketen. Dieser Mangel in den Expert:innengremien während der Pandemie hat das Fehlen eines systemati-

²¹ JULIA MECH/MICHAEL GÖRTLER, Gewalt in Einrichtungen für Erwachsene mit geistiger Behinderung: (k)ein Thema professionellen Handelns?, *Blätter der Wohlfahrts-pflege* 4, 2020, 138–140. DOI: 10.5771/0340-8574-2020-4-138.

²² KIM ROBIN VAN DAALEN ET AL., Symptoms of a broken system: the gender gaps in COVID-19 decision-making, *BMJ Global Health* 5, no. 10, 2020, Internet: <https://doi.org/10.1136/bmjgh-2020-003549>.

²³ Internet: <https://www.tagesanzeiger.ch/leben/gesellschaft/der-hass-auf-frauen-verhindert-vielfalt/story/27980249> (Abruf 14.5.2021).

sches Gender Mainstreaming (in der Europäischen Union mittlerweile verankert) in den politischen Prozessen der schweizerischen Politik wieder ins Licht gerückt, eine Lücke, die sich auch in der post-COVID-Schadensbegrenzung fortsetzen wird, wenn keine entsprechenden Strukturen geschaffen werden.

D. Auswirkungen auf LGBTIQ+

Die LGBTIQ+-Community kann besonders von sozialen Folgen der Pandemie betroffen sein, wie zahlreiche internationale Studien zeigen. Neben *public-health*-Faktoren wurden insbesondere auch von vermehrter Stigmatisierung und Diskriminierung, behördlicher Apathie, wirtschaftlichen Zwängen und Verlust von persönlicher identitätsbasierter Unterstützung berichtet. Diese Situationen werden durch den Verlust der «community» – im Falle von Kontaktbeschränkungen und Lockdown – verschärft.²⁴ Studien weisen darauf hin, dass insbesondere junge LGBTIQ+-Menschen im Vergleich zu heterosexuellen und/oder cis-Jugendlichen unter der Pandemie leiden. Eines der hervorstechendsten Probleme für LGBTIQ+-Jugendliche kann eine Ablehnung durch die Familie sein, die sich im Falle von Lockdowns dramatisch verschlimmern kann.²⁵

E. Auswirkungen auf Personen mit Behinderung, Sozio-ökonomisch benachteiligte Gruppen, Migrant:innen und migrantisierte, ethnisierte und *racialised* Minderheiten

Migrant:innen sowie migrantisierte, ethnisierte und *racialised* Minderheiten sowie Personen mit Behinderungen werden in internationalen Forschungen als besonders vulnerable hervorgehoben, dies sowohl bezüglich Infektions- und Todesraten (und erschwertem Zugang zu Corona-Impfungen), wie auch im Hin-

²⁴ SCOTT EMORY MOORE ET AL., Disproportionate Impact of the COVID-19 Pandemic on Perceived Social Support, Mental Health and Somatic Symptoms in Sexual and Gender Minority Populations, *Journal of Homosexuality* 68, no. 4, 2021, Internet: <https://doi.org/10.1080/00918369.2020.1868184>.

²⁵ LAURIE A. DRABBLE/MICHELE J. ELIASON, Introduction to Special Issue: Impacts of the COVID-19 Pandemic on LGBTIQ+ Health and Well-Being, *Journal of Homosexuality* 68, no. 4, 2021, Internet: <https://doi.org/10.1080/00918369.2020.1868182>.

blick auf soziale und sozio-ökonomische Effekte von COVID-19. Eine Studie in der Schweiz zur Mortalität im Kontext von COVID-19 anhand des SEP (Swiss neighbourhood index of socioeconomic position) zeigt, dass Personen in ökonomisch schwächeren Quartieren in der Schweiz seltener getestet wurden und eine höhere Wahrscheinlichkeit hatten, positiv getestet zu werden, hospitalisiert zu werden und zu sterben.²⁶ Die Pandemie verstärkt bestehende Muster von Diskriminierung, Rassismus und sozio-ökonomischen Ungleichheiten und die sozialen Konsequenzen betreffen in diesem Sinne vor allem auch diejenigen Personen, die bereits vorher mit intersektional wirkenden Benachteiligungen konfrontiert waren.²⁷

Internationale Studien zeigen weiter, dass weibliche Migrant:innen wie auch Minoritäten erhebliche Nachteile auf dem Arbeitsmarkt erfahren.²⁸ Seit dem Ausbruch der Pandemie hatten viele Länder ihre Grenzen (zeitweise) geschlossen oder Quarantäneregeln eingeführt.²⁹ Diese Grenzschiessungen, Kontroll-

²⁶ JULIEN RIOU/RADOSLAW PANCAK/CHRISTIAN L. ALTHAUS/CHRISTOPH JUNKER/DAMIR PERISA/KATRIN SCHNEIDER/NICOLA G. CRISCUOLO/NICOLA LOW/MATTHIAS EGGER, Socioeconomic position and the cascade from SARS-CoV-2 testing to COVID-19 mortality: Analysis of nationwide surveillance data, 2021, Internet: <https://doi.org/10.17605/OSF.IO/EP4X9>.

²⁷ JOHN SOLOMOS, Race and ethnicity in pandemic times, *Ethnic and Racial Studies* 44, no. 5, 2021, Internet: <https://doi.org/10.1080/01419870.2021.1867217>; JANINE DAHINDEN/BRIDGET ANDERSON, Exploring New Avenues for Knowledge Production in Migration Research: A Debate Between Bridget Anderson and Janine Dahinden – Pre and After the Burst of the Pandemic, *Swiss Journal of Sociology* 47, no. 1 (2021), Internet: <https://sciendo.com/article/10.2478/sjs-2021-0005> (Abruf 14.5.2021); MARIANNE SKORPIS, Menschen mit Behinderung – unsichtbare COVID-Opfer. Was die Pandemie über den Zustand der sozialmedizinischen Einrichtungen verrät. ARTE Reportage. Internet: <https://www.arte.tv/sites/story/reportage/menschen-mit-behinderung-unsichtbare-covid-opfer/?lang=de> (Abruf: 24.5.2021); TOM SHAKESPEARE/FLORENCE NDAGIRE, Queen E Seketi 2021, Triple jeopardy: disabled people and the COVID-19 pandemic, *The Lancet* Vol 397 April 10, 2021, 1331–1333, Internet: [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(21\)00625-5](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(21)00625-5).

²⁸ JORDAN GEMELAS ET AL., Inequities in Employment by Race, Ethnicity, and Sector During COVID-19, *Journal of Racial and Ethnic Health Disparities*, 2021, Internet: <https://doi.org/10.1007/s40615-021-00963-3>.

²⁹ LORENZO PICCOLI/JELENA DZANKIC/DIDIER RUEDIN, Citizenship, Migration and Mobility in a Pandemic (CMMP): A global dataset of COVID-19 restrictions on human movement, *PLOS ONE* 16, no. 3, 2021, Internet: <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0248066>.

und Quarantäneregeln beschneiden die Mobilität von Personen, die nicht in Länder zurückkehren können, in denen sie studieren, arbeiten oder für ihre Familien sorgen sollten, was wiederum ihre wirtschaftliche Vulnerabilität erhöhen kann. Die Forschung zeigt, dass mit Blick auf Migration für vier Gruppen die sozialen und sozio-ökonomischen Folgen der Pandemie besonders schwerwiegend sind.³⁰

Für die Schweiz beschreiben BURTON-JEANGROS ET AL.³¹ die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Gesundheit und Lebensumstände von *Migrant:innen mit fehlendem oder prekärem rechtlichen Aufenthaltsstatus*. Eine schlechte Gesundheitsversorgung sowie ein hoher Verlust von Arbeitsstunden und damit Einkommen können bei dieser Gruppe sogar an eine Nahrungs- und Wohnungsunsicherheit gekoppelt sein, wie die Studie zeigte. Unter den «sans papiers» finden sich viele migrantische Frauen, die in *domestic Care-Arbeit* involviert sind, insbesondere in Haushalten, und von denen viele ihre Arbeit während der Pandemie verloren. Solche *Domestic Care Workers* stellen einen wichtigen Anteil an Arbeitsmigrant:innen, in der Schweiz wie anderswo. Studien zeigen, dass die COVID-19-Krise in diesem Bereich zu einer Beschäftigungs- und Sozialkrise geführt hat, da viele Care Workers entlassen oder suspendiert wurden. Häufig mangelt es zudem an angemessenem Schutz am Arbeitsplatz. Es wurde auch von erhöhter Gewalt berichtet, die einher geht mit Sorgen um Familienmitglieder im Heimatland. Grundsätzlich zeigen sich in der Pandemie deutlich die Grenzen eines Care-Modells, das sich hauptsächlich auf weibliche Arbeitsmigrant:innen und globale Lohnunterschiede stützt.³²

³⁰ PETER BODENMANN ET AL., Left behind populations, COVID-19 and risks of health inequities: a guide of the local social-health network (Vaud, Switzerland), *Rev Med Suisse* 16, no. N° 691-2 (Apr 29 2020), Populations précarisées, COVID-19 et risques d'iniquités en santé: guide du réseau socio-sanitaire vaudois.

³¹ CLAUDINE BURTON-JEANGROS ET AL., The Impact of the Covid-19 Pandemic and the Lockdown on the Health and Living Conditions of Undocumented Migrants and Migrants Undergoing Legal Status Regularization, Original Research, *Frontiers in Public Health* 8, no. 940, 2020, Internet: <https://doi.org/10.3389/fpubh.2020.596887>, <https://www.frontiersin.org/article/10.3389/fpubh.2020.596887> (Abruf je 14.5.2021).

³² MICHAEL LEIBLINGER ET AL., Impact of COVID-19 Policy Responses on Live-in Care Workers in Austria, Germany, and Switzerland, *Journal of Long-Term Care*, 2020, Internet: <https://doi.org/10.31389/jltc.51>; KARIN SCHWITER, Konsequenzen der

Migrantische Sexarbeiter:innen sind ebenfalls besonders betroffen von Einschränkungen, die die Verbreitung von COVID-19 eindämmen sollten. Als Folge von Kontakt- und Distanzregelungen verloren viele ihre Arbeit, und selbst diejenigen, die ihre Arbeit online verlegten, litten unter wirtschaftlichen Beeinträchtigungen. Studien berichteten von Gewalt, Zwangsabschiebungen sowie erhöhter Stigmatisierung, Diskriminierung und repressiver Polizeiarbeit.³³ Im Schweizer Kontext haben einige Kantone im Zuge der Pandemie die Sexarbeit verboten und NGOs berichteten regelmässig von rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgeeffekten, insbesondere dann, wenn Sexarbeiterinnen keinen Zugang zu staatlichem Sozialschutz- oder Wirtschaftsinisiativen haben, was in der Regel der Fall ist.

Asylsuchende und geflüchtete Frauen treffen ebenfalls auf hohe Barrieren in der Gesundheitsversorgung und sind besonders vulnerabel bezüglich geschlechtsspezifischer Gewalt während der Pandemie.

Für diese vier Gruppen zeigt sich die Intersektionalität von Geschlecht, legalem Status und sozialer Klasse in besonders drastischer Weise und mit spezifischen Effekten: Gemäss dem Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration³⁴ kann eine Arbeitslosigkeit oder der Sozialhilfebezug konkrete rechtliche Folgen für Migrant:innen haben, denn in diesen Fällen kann eine Bewilligung widerrufen werden oder es kann zur Ausweisung kommen. Dies hat zur Folge, dass viele Migrant:innen keine Sozialhilfe beantragen und vermehrt in Armut verfallen.³⁵ Migrant:innen sind zudem aufgrund von sprachlichen und strukturellen Barrieren häufig schwierig zu erreichen, was sie in Bezug auf Informationen zur Epidemie, aber insbesondere auch bezüglich sozialer und wirtschaftlicher Unsicherheiten in eine erhöhte Gefährdung bringt.

Corona-Pandemie für live-in Care-ArbeiterInnen in Privathaushalten älterer Menschen in der Schweiz, Schweizerische Eidgenossenschaft, Bern 2020.

³³ LUCY PLATT ET AL., Sex workers must not be forgotten in the COVID-19 response, *The Lancet* 396, no. 10243, 2020, Internet: [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(20\)31033-3](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(20)31033-3).

³⁴ Internet: <https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/2007/758/de#fn-d637377e1336>, Artikel 62, Absatz e (Abruf 14.5.2021).

³⁵ Siehe für die Reaktion auf dieses Phänomen in Bezug auf Zürich, Internet: <https://www.tagesanzeiger.ch/stadt-zuerich-erprobt-eine-art-parallel-sozialhilfe-691552096271> (Abruf 14.5.2021).

Geschlechtersegregierte Daten mit Blick auf kognitive und körperliche Beeinträchtigung im Zugang zu medizinischer Unterstützung, zu Gewalterfahrungen oder zu Isolation sind uns nicht bekannt.³⁶ In der Schweiz ist eine kaum öffentlich geführte Debatte über sogenannte Triagekriterien entbrannt.³⁷ Im Widerspruch zum Gleichheitsgrundsatz wurden Personen mit Behinderungen in Empfehlungen bei Überlastung der Intensivstationen von Krankenhäusern als nicht prioritär in der Behandlung bezeichnet. Diese Verletzung des Gleichheitsgebots, das während der Krise korrigiert wurde, zeigt den Mangel an Expertise in diesem ethisch hochsensiblen Definitionsprozess. Damit verbunden ist eine Verunsicherung, die dieses Moment bei Patient:innen, aber auch bei den mehrheitlich weiblichen Betreuungspersonen auslöste.

III. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Das Bild, das sich auf der Basis der verfügbaren Forschungsergebnisse abzeichnet, ist zugegebenermassen düster. Einerseits gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass bestehende Ungleichheiten während der Pandemie verstärkt wurden. Andererseits werden die sozialen und sozio-ökonomischen Effekte der Pandemie zu einem grossen Teil von Frauen getragen und längerfristige Effekte sind nicht auszuschliessen.

Ausser Zweifel bedarf es einer Priorisierung von Massnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter und intersektionalen Massnahmen zur Bekämpfung von Ungleichheiten. Mit der Pandemie rückten bestehende Ungleichheiten und die mangelnde politische Verankerung intersektionaler Expertise, Problemdefinition und Lösungsfindung ins Licht. Eine Forderung nach entsprechenden Pro-

³⁶ SKORPIS (FN 27); SHAKESPEARE/NDAGIRE (FN 27), *The Lancet* Vol 397 April 10, 2021, 1331–1333.

³⁷ CAROLINE HESS-KLEIN, Behindertengleichstellung: Zu den spezifischen Erfahrungen von Menschen mit Behinderungen. Vortrag im Rahmen: Online-SYMPOSIUM #iuscoronae-Rechtswissenschaft in der Corona-Krise Basel, 3. Mai 2021; BIJAN FATEH-MOGHADAM/THOMAS GUTMANN, Gleichheit vor der Triage. Rechtliche Rahmenbedingungen der Priorisierung von COVID-19-Patienten in der Intensivmedizin, in: Tatjana Hörnle/Stefan Huster/Ralf Poscher (Hrsg.), *Triage in der Pandemie*, Tübingen 2021, 291–334.

zessen scheint unaufschiebbar, ist doch die Gleichstellung der Geschlechter in der schweizerischen Verfassung verankert und damit für die Politik bindend.

Abschliessend sollen drei Aspekte hervorgehoben und entsprechende Empfehlungen formuliert werden.

Erstens scheint uns zentral, dass COVID-19 die fundamentale Rolle von *bezahlter, unterbezahlter und unbezahlter Care-Arbeit* für funktionierende Gesellschaften und Volkswirtschaften in den Blick rückt, sei es im formellen Arbeitsmarkt oder im sogenannten «Privathaushalt». Länder, die wie die Schweiz Lockdown-Massnahmen zur Eindämmung der Verbreitung von COVID-19 einführten, waren darauf angewiesen, dass sogenannte «systemrelevante» Tätigkeiten weitergeführt werden konnten. Viele – wenn auch nicht alle – dieser systemrelevanten Tätigkeiten wurden von Frauen ausgeführt, etwa im Bereich der Gesundheitsversorgung oder des Detailhandels. Gleichzeitig zeigte sich, dass die unbezahlte Care-Arbeit in Haushalten vor allem von Frauen geleistet wurde. Die Fokussierung auf «Produktion», wie sie im gegenwärtigen System zu finden ist, statt auf nachhaltige Sorge um menschliches Leben, entwertet die Care-Arbeit und diejenigen, die sie leisten (meist [migrantische] Frauen). Gleichzeitig ist diese geschlechtsspezifische unterbewertete und unterbezahlte Arbeit ein integraler Bestandteil des Wirtschaftssystems. Die Schlussfolgerung, diese aufzuwerten, liegt nahe. Dies würde eine Neudefinition der Care-Arbeit und jener Arbeit bedingen, in denen Frauen übervertreten sind, und dazu beitragen, die bereits vor der Pandemie existierenden Lohnlücken zwischen den Geschlechtern mindestens teilweise zu schliessen. Dies bedeutet auch, dass ökonomische Kompensationsstrategien, die während und nach der Pandemie gesprochen werden, den ökonomischen Wert von feminisierten und prekarierten Arbeitsfeldern und der unbezahlten Arbeit berücksichtigen müssen.

Zweitens hat die Pandemie nicht nur die ungleiche Macht- und Ressourcenverteilung zwischen Männern und Frauen erneut aufgezeigt, insbesondere was Governance und öffentliche Repräsentation betrifft, sondern auch den mangelnden Einbezug von entsprechender Expertise in die Problemanalyse. Dies verdeutlicht, dass die Schweizer Politik es bisher versäumt hat, Prozesse und Strukturen (Gender Mainstreaming) zu etablieren, die sicherstellen, dass im alltäglichen politischen Geschäft, aber auch in Krisensituationen, das Wissen, die Erfahrungen und die Expertise von Frauen und weiteren marginalisierten

Gruppen in die politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse Eingang finden. Es ist dringend zu empfehlen, diese Prozesse und das Wissen dazu in Verwaltung und Politik umgehend zu etablieren.

Drittens möchten wir diesen Beitrag mit einer etwas positiveren Vision schliessen: Wir denken, dass die Pandemie auch ein Momentum bieten könnte, um grundlegende Ungleichheiten anzugehen: MeToo, BlackLivesMatter, der Frauenstreik oder auch die Klimabewegung sind aktuelle soziale Bewegungen, welche soziale (Geschlechter-)Ungleichheiten in hohem Masse ins Bewusstsein einer weiteren Öffentlichkeit brachten. Hier gilt es Allianzen zu schmieden und weiterhin für eine intersektional gedachte Gleichstellung zu kämpfen.